

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1908

28.2.1908 (No. 67)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 28. Februar.

№ 67.

1908.

Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Voranzahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.
Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Abonnements auf die „Karlsruher Zeitung“ für den Monat

März

nimmt jede Postanstalt entgegen.

Die Expedition der „Karlsruher Zeitung“.

Amtlicher Teil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 21. Februar d. J. gnädigst geruht, für die Zeit bis zum Ende des Jahres 1908 den Brauereidirektor Richard Sauerbeck in Mannheim zum Handelsrichter und den Bankdirektor Dr. Richard Ladenburg in Mannheim zum Handelsrichterstellvertreter für die Kammer für Handelsfachen beim Landgericht Mannheim zu ernennen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 21. Februar d. J. gnädigst geruht, für die Zeit bis zum Ende des Jahres 1908 den Bijouteriefabrikanten Andreas Ddenwald in Pforzheim zum Handelsrichter und den Bijouteriefabrikanten Valentin Broß in Pforzheim zum Handelsrichterstellvertreter bei den Kammern für Handelsfachen am Landgericht Karlsruhe zu ernennen.

Nicht-Amtlicher Teil.

Vom fernem Osten.

Ein heute eingetroffenes Londoner Telegramm meldet ein Eingreifen Englands in die mandchurische Bahnfrage. Als der, vorwiegend japanischer Initiative entspringende, englisch-japanische Bündnisvertrag vom Jahre 1902 im August 1905 auf sehr viel breiterer Grundlage erneuert wurde, konnte man in französischen Blättern den Vorwurf gegen England hören, es sei „mauvaise européenne“. Dieses Urteil dürfte wohl auch damals besonders berechtigt genannt werden, weil im Jahre 1905, nach dem für Japan siegreichen Verlauf des Krieges mit Rußland, es nun England war, das der neuen Großmacht im fernem Osten durch die Bereitwilligkeit zu einer engeren Allianz seinen Respekt vor dem Erfolge bezeugte. Mit dieser Anerkennung der von dem Inselreiche in Ostasien errungenen Machtstellung verbanden sich aber natürlich von Beginn an sehr bestimmte realpolitische Erwägungen, die eine Fortsetzung der Bündnispolitik von 1902 der englischen Diplomatie sehr ratfam erscheinen ließen. Drei verschiedene Vorteile und Ziele hatte man wohl damals in London im Auge. Japan sollte einmal gegenüber der drohenden Konkurrenz, die besonders von Amerika kam, England auf dem ostasiatischen Markte unterstützen. Zugleich wurde den Amerikanern, die wohl schon von dem Pazifik als von dem „amerikanischen Meer“ gesprochen hatten, die japanische Flotte als Warnung vor die Augen geführt, während die englischen Seestreitkräfte zur Verstärkung der heimischen Geschwader nach Europa zurückgezogen werden konnten, wo seit Beginn der Marokkofrage sich die englischen Sorgen konzentrierten. In Ostasien Ruhe zu haben war die zweite Chance, die man durch die Allianz mit der asiatischen Vormacht gewinnen wollte. Und im Zusammenhange damit glaubte man dann drittens, einen Versicherungskontrakt für indische Eventualitäten einzugehen, wobei man sowohl äußere, von Rußland drohende, wie auch innere Aufstandsgefahren im Auge hatte.

Sehr bald nach Beendigung des russisch-japanischen Krieges zeigte sich die Gefahr, welche der eben gewonnene kriegerische Nimbus der einen asiatischen Macht für die europäische Herrschaft überall in Asien bedeutete. Die direkten Beweise dafür aus der indischen Eingeborenenpresse sind begreiflicherweise nur sehr selten zu uns herübergekommen. An einer wachsenden Gärung in verschiedenen Bevölkerungsschichten ist nach den vielen lokalen Unruhen der letzten Zeit aber nicht mehr zu zweifeln, und wie man in Japan dieser Bewegung gegenübersteht, zeigt die Neufassung eines „angesehenen Japaners“, die J. A. Mc. Kenzie vor einiger Zeit in der „Contemporary Review“ wiedergab: „Es gibt nur zwei Methoden kolonialer Verwaltung. Nach der einen regiert man als Fremder über ein Volk. Das hat England in Indien getan, und

deshalb kann euer Regiment nicht dauern. Indien muß von eurer Herrschaft frei werden. Nach der anderen Methode absorbiert man ein Volk, und das wollen wir tun und darauf richtet sich unsere Energie.“ Das Volk und Land, das nach diesem Ausspruch Japan absorbieren will, ist Korea, und nach den sehr ausführlichen und sehr pessimistischen Berichten, die sowohl in amerikanischen Blättern, wie in den Londoner „Times“ in letzter Zeit zu finden waren, muß man vielleicht sagen, „Korea im weitesten Sinne“, d. h. ein gut Teil der Mandchurei hinzugerechnet, wo die Japaner die in dem Portsmouther Vertrag als „offen“ proklamierte Tür dem fremden, auch dem englischen, Handel vor der Nase zugeschlagen haben, wo sie mit einer unheimlichen Intensität ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen fördern und den Bewohnern gegenüber eine Gewalt Herrschaft führen. Das ist eine große Enttäuschung, ein Fehler im politischen Nachempfinden der englischen Politik. Schon das letzte asiatische Abkommen mit Rußland, wodurch Indien wenigstens nach außen hin „versichert“ werden sollte, muß zwar als Meisterstück englischer Diplomatie, aber auch als ein Beweis englischer Resignation bezeichnet werden. Wie will man der japanischen Gefahr in Ostasien, die jetzt anfängt, aus dem japanischen Bündnis zu erwachsen, begegnen? Der einzige Vorteil, der für England geblieben ist, besteht in der Möglichkeit, im Pazifischen Ozean mit einer verhältnismäßig geringen Flottenmacht auszukommen, da es direkt eben von dem Bundesgenossen nichts zu befürchten hat. Andererseits die Japaner, deren Zähigkeit, von jeder Sentimentalität freie Realpolitik der englischen vielleicht noch überlegen ist, in jeder Beziehung möglichst gleiche Münze aus der Allianz zu schlagen. Von ihrem rücksichtslosen Vorgehen in der Mandchurei war schon die Rede. Ihre Ansprüche zielen aber noch viel weiter. In einem sehr diplomatisch gehaltenen, gegen Anfang des Jahres erschienenen Artikel des der japanischen Regierung nahestehenden „Kofumin“ heißt es sehr deutlich: „Bleibt nur noch übrig, die Macht des englisch-japanischen Bündnisses zur Lösung der chinesischen Fragen zu gebrauchen. Natürlich denkt man sich in Tokio diese Lösung im japanischen Sinne, worüber sich Graf Okuma schon vor Jahren einmal ausgesprochen hat. Daß diese Ziele den englischen Politikern keineswegs gefallen können, und daß sie gar nicht daran denken könnten, China den Japanern ohne Sicherung der eigenen Interessen auszuliefern, ist einleuchtend.“

(Telegramme.)

London, 26. Febr. Wie das Reutersche Bureau erfährt, teilt England hinsichtlich des geplanten Baues einer chinesischen Eisenbahn nach Faku, Japan, vertraulich mit, daß es die Gültigkeit des zwischen Japan und China in dieser Frage getroffenen Abkommens anerkennt. Die Angelegenheit der für englische Unternehmer in Aussicht genommenen Linie wurde dem englischen Gesandten vorgelegt. Die in Peking befindlichen Unternehmer wurden benachrichtigt, daß die englische Regierung im Hinblick auf die ungewisse Verpflichtung Chinas Japan gegenüber, keine Konkurrenzlinie in der Südmandschurei zu bauen, ihren Anspruch nicht führen könne. Ob die in Aussicht genommene Linie eine Konkurrenzlinie sei oder nicht, sei Ansichtssache. Es bleibe den Unternehmern nichts anderes übrig, als zur Befriedigung Japans darzutun, daß die Eisenbahn, wie sie behaupteten, eine Förderung und nicht eine Konkurrenz für die japanische südmandschurische Linie bedeute.

London, 27. Febr. Nach einer Meldung der japanischen Finanzkommission in London sind die Meldungen über eine sogenannte Finanzpanik in Japan durchaus übertrieben. Einige Händler in Kupfer und Eisen in Osaka haben die Zahlungen eingestellt und dadurch einige andere Händler und zwei Banken in Mitleidenschaft gezogen. Das Vertrauen zu den Banken sei wieder hergestellt. Das Falliment dreier Banken in Tokio habe keinen Eindruck gemacht.

Die Kritik des Auslandes.

In der gestrigen Sitzung des Preussischen Herrenhauses hat anlässlich der Beratung der Polenvorlage Fürst Bülow einige Bemerkungen gemacht über die in der letzten Zeit wieder rege gewordenen Versuche, vom Auslande aus auf die Gestaltung der inneren deutschen und preussischen Politik Einfluß zu üben. Wir haben bereits darauf hingewiesen, wie beschämend die Unterstützung ist, die dieser fremdländischen Einmischung durch die oppositionelle deutsche Presse zuteil wird. Die ernststen Bemerkungen dieses würdelosen Verhaltens durch den Fürsten Bülow erscheinen so beachtenswert, daß wir sie hier folgen lassen. Fürst Bülow sagte u. a.:

Graf von Mirbach hat sich in seinen Ausführungen auch mit dem Eindruck beschäftigt, den diese Vorlage im Auslande hervorgerufen hat. Da ich ähnlichen Betrachtungen neuerdings auch in der Presse begegnet bin, so möchte ich zunächst über diesen Punkt einige Worte sagen. Unsere innere Politik kann nicht von den Wünschen des Auslandes abhängen. Die Maßnahmen, die wir im Innern treffen, können nicht nach der ausländischen Kritik eingerichtet und nicht nach ausländischen Wünschen zugeschnitten werden. Mein großer Amtsvorgänger, der Fürst Bismarck, hat mehr als einmal ausgeführt, daß Rücksichten und Erwägungen der auswärtigen Politik niemals dahin führen dürfen, die volle Bewegungsfreiheit eines Staates im Innern, seine Selbstständigkeit und Souveränität irgendwie zu beeinträchtigen. Als Fürst Bismarck das ausgesprochen, war das nur das Ergebnis aus den Schlussfolgerungen, zu denen das moderne Völkerrecht und die Politik unserer Tage mehr und mehr gelangt sind. Früher war das anders, früher bestand eine gewisse Neigung, sich in die inneren Verhältnisse anderer Staaten einzumischen. Die französische Revolution am Ausgang des 18. Jahrhunderts suchte Propaganda nach außen zu treiben und andern mit Gewalt ihre Ideen aufzudrängen, und als 1814 die Legitimität wieder aufkam, verfiel sie in den gleichen Fehler, und das führte zu der Begründung der heutigen Allianz und mancherlei Interventionen. Heute überwiegt die Ansicht, daß jeder Herr im eigenen Hause ist, daß er sein Recht zu wahren, sich aber nicht in die Verhältnisse eines andern einzumischen hat. An diesem Grundsatz wird im allgemeinen festgehalten, nur uns gegenüber glaubt man sich eine Abweichung erlauben zu können. Auch andere Länder haben im Laufe der letzten Jahrzehnte manche Maßnahmen ergriffen, die nicht allgemeinen Anstoss in der Welt fanden. Ich kann mich aber nicht erinnern, daß sie deshalb derartig angegriffen und so zur Rechenschaft gezogen worden sind wie wir. Ich will nicht untersuchen, inwieweit das eine Folge unserer vielfach unglücklichen Geschichte ist, die so oft fremde Einmischungen in deutsche Verhältnisse gesehen hat. Ich will nur feststellen, daß anlässlich dieser Vorlage fremde Schriftsteller, Kritiker, Dichter, die ihr Renommee unsern Schriftstellern verdanken, daß selbst die sich uns gegenüber Angriffe erlaubt haben, die sie sich andern gegenüber nicht leisten würden. Wer den Dingen auf den Grund geht, kann sich nicht verhehlen, daß an solchen Erscheinungen wir selbst einen Teil Schuld tragen, die wir alles Fremde so gern bewundern, so sehr hoch schätzen, vor allem Fremden, Modernen platt auf dem Bauch liegen, aber alle fremden Schrecken ertragen und die eigenen Einrichtungen, die eigenen Männer kritisieren. Es ist gut, jedes Wetterzeichen am Horizont der auswärtigen Politik zu beachten — was ich da sage, sage ich selbstverständlich für denjenigen, glücklicherweise nur kleinen Teil unserer Presse, der anlässlich dieser Vorlage mit dem Ausland geht — es ist gut, jedes Wetterzeichen am Horizont der auswärtigen Politik zu beachten und namentlich jedes Wetterleuchten. Aber vor jedem Stirnrücken des Auslandes zu erbeben, ist nicht die Art großer Völker. Es ist unsere Pflicht, uns durch eine ernste und richtige auswärtige Politik Vertrauen und Achtung zu erwerben und mitzuarbeiten an den großen und gemeinsamen Aufgaben der Zivilisation. Aber allen Haß und Neid fernzubehalten, alle üble Nachrede abzuschneiden ist weder dem einzelnen noch dem ganzen Volk möglich. Wir sollten dem, was das Ausland sagt, sei es Lob, sei es Tadel, mit größerer Gleichgültigkeit gegenüberstehen. (Sehr richtig.) Wir sollten uns weder von fremder Kritik aus dem Häuschen bringen, noch durch fremdes Lob festeln lassen. Die einen pflegen über jeden fremden Tadel in hochgradige Erregung zu geraten, was nicht ein Zeichen von selbstbewusster Kraft, sondern von übertriebener Günstigkeit ist, und nicht anders ist es, wenn andere abfällige Urteile des Auslandes mit Behagen breit treten und weiter verbreiten. Wir müssen uns mehr ruhiges Nationalgefühl in dieser Beziehung angewöhnen.

Deutscher Reichstag.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

* Berlin, 26. Februar.

Abg. v. Dertens (Reichsp.) meint, es sei eine Beleidigung für die Wähler, wenn behauptet werde, daß schon durch die Unterschrift eines Bürgermeisters auf einem Flugblatt die Wähler bestimmt würden, in bestimmtem Sinne zu wählen. Redner bittet, dem Kommissionsbeschluss auf Beanstandung der Wahl des Abg. Enders beizutreten.

Abg. Kopisch (Freij. Volksp.) tritt den Ausführungen des Vorredners bei und sagt, der Fall sei sehr eigenartig; die Unterschriften im Osten müßten anders behandelt werden als die im Westen.

Abg. Fischer (Soz.) meint, die Süddeutsche Volkspartei müßte sich einfach schämen, ihren Beamten eine Wahlbeeinflussung zuzumuten. Redner kam dann auch auf die früheren Wahlprüfungen zu sprechen und bezeichnet die früheren Beschlüsse des Reichstages als „Schamlosigkeit“.

Präsident Graf Stalberg ruft den Redner zur Ordnung. Abg. Fischer fortfahrend, sagte, die Freisinnigen seien im Falle Manz einfach umgefallen. Die Freisinnigen seien immer sittlich entriistet, wenn die Agitation sich gegen sie richte.

Abg. Mugdan (Frj. Volksp.) meint, wenn die Sozialdemokraten von der Blockpolitik der freisinnigen Partei sprächen, sollten sie bedenken, daß sie (die Sozialdemokraten) vom Zentrum abhängen (Große Mehrheit). Es gehöre ein großer Mut dazu, den Fall Albert hier anzuführen, für eine Partei, die doch größtenteils ihre Mandate der Unterstützung der Liberalen verdanke. Die von dem Abgeordneten Fischer angeführten Fälle Manz und Braun seien ganz unrichtig dargestellt

worben. Die beiden Wahlen seien nicht deshalb kassiert worden, weil die Behörden gegen die Sozialdemokraten auftraten, sondern weil die Befürchtung vorlag, daß falsche Parteien in die Stichwahl kämen. Medner bittet schließlich, den Sozialdemokraten zu zeigen, daß die Zeit, wo sie mit dem Zentrum den Reichstag regierten, endgültig vorbei sei; er schloß mit der Bitte an das Haus, dem Kommissionsbeschlusse zuzustimmen (Beifall links, Widerspruch bei den Soz.).

Abg. Wellstein (Zentr.) konstatiert als Vorsitzender der Kommission, daß diese seit den 70er Jahren die Praxis fortgesetzt habe, und daß man diese Praxis jetzt nicht durchbrechen möge, er beantrage Rückverweisung an die Kommission.

Abg. v. Niemcewicz-Roman (Pole) meinte, man könne nur von Fall zu Fall entscheiden, sonst käme man in den Verdacht, vom Fraktionsstandpunkte oder politischen Standpunkte aus zu urteilen.

Abg. Heinze (natl.) führte aus: Die Beamten sollten ihr Amt nicht mißbrauchen, aber sie dürfen von ihren staatsbürgerlichen Rechten Gebrauch machen. Das sei geschehen. Seine Partei stehe auf dem Standpunkte des Votums der Kommission; sie wolle die Frage prinzipiell entscheiden.

Abg. Fischer (Soz.) meinte, er hätte nicht von den früher erwähnten Fällen gesprochen, wenn nicht der Abgeordnete Kopsch den Sozialdemokraten Unfall vorgeworfen hätte. Gegenüber dem Abgeordneten Rudan frage er, wer denn die Zollpolitik unterstützt habe. Wer habe sie überhaupt möglich gemacht? Mit wessen Hilfe sei denn Rudan gewählt? Der Abgeordnete Enders wäre auch ohne die Konservativen und Nationalliberalen nicht gewählt worden.

Abg. Raab (Wirtsch. Vgg.) erklärte: Nachdem das Wahlgemeinwohl sichergestellt sei, brauche man von den früheren Sicherheitsmaßnahmen nicht mehr das Ueberlebte zu konservieren.

Abg. v. Derzen (Reichsp.) bittet, den Antrag der Kommission anzunehmen.

Abg. v. Brodhausen (Luis.) führt aus: Der vorliegende Fall sei so genau untersucht worden, daß die Rückverweisung an die Kommission unnötig sei. Er erklärte es als oberste Grundlage, daß dort, wo Wahlbeeinflussungen stattgefunden hätten, Kassierung der Wahl erfolgen müsse.

Nach weiterer Debatte, bei der Rudan (Frs. Volksp.) nochmals gegen Fischer (Soz.) protestiert, wird der Antrag auf Rückverweisung der Wahlprüfung an die Kommission abgelehnt und Erhebung über die Wahl Enders einstimmig beschlossen.

Die Wahl des Abg. Pauli-Potsdam wird für gültig erklärt; es folgt Beratung über die Wahl des Abg. Weder-Arnberg (Zentr.), die für gültig erklärt wird.

Heber die Wahl des Abg. Labroise wurden Beweis-erhebungen beschlossen, ebenso über die Wahl des Abgeordneten Dertel.

Für gültig erklärt wurden die Wahlen der Abgg. Nielzinski, Prinz Schönau-Carolath, Viern, Sieg und Arning.

Die Prüfung über die Wahl Sidhoff wird ausgesetzt. Dann tritt Vertagung ein. Nächste Sitzung morgen 1 Uhr: Zigarettenfabrikation in der Hausindustrie, kleine Vorlagen.

(Telegraphischer Bericht.)

* Berlin, 27. Februar.

Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten.

Zunächst wird der Gesetzesentwurf betr. Abänderung der Gewerbeordnung (kleiner Befähigungsnachweis) beraten.

Staatssekretär von Bethmann-Hollweg erklärt, für gewisse Vertreter des Handwerks liege es nahe, bei dieser Gelegenheit noch andere Wünsche des Handwerks zum Ausdruck zu bringen. Er möchte aber bitten, diese in sich abgeschlossene Vorlage nicht mit anderen Fragen zu belasten. Die Tendenz der Vorlage sei einfach und klar. Sie stelle den Grundsatz auf, daß nur diejenigen Lehren sollten, die selbst ausgearbeitet haben und dies nachweisen können. Er hoffe, daß diejenigen Bestimmungen des Entwurfs, die solche Fälle regeln, wo der Bildungsgang anders geregelt wurde, den vorhandenen Bedürfnissen Rechnung trage. Mit künstlichen Bestrebungen habe die ganze Frage nichts zu tun. Diese liege lediglich auf erzieherischem Gebiete. Wenn es die Bestrebungen des Handwerkerstandes, aus denen diese Vorlage hervorgegangen sei, richtig verstehe, so werde das Ergebnis desselben eine weitere Hebung und Kräftigung des Standesbewußtseins des Handwerkes sein. Er hoffe, daß die Vorlage, welche die allgemeinen politischen Grundsätze nicht berühre, im Hause eine freundliche Zustimmung finden werde. (Beifall rechts.)

Abg. Malkewitz (Fon.): Seine Partei werde in der einzusetzenden Kommission sich auf das Beschränkte, was die Vorlage regeln soll. Medner bedauert, daß die Einführung des allgemeinen Befähigungsnachweises vorläufig ein frommer Wunsch bleibe.

* Berlin, 27. Febr. In der Budgetkommission des Reichstags führte gestern Staatssekretär Dernburg bei der fortgesetzten Beratung des Etats für Ostafrika aus: Sein wirtschaftliches Programm sei auch ein kulturelles und ethisches Programm. Die Pflege der Gerechtigkeit, die freundliche Herbeiziehung der Eingeborenen an die deutsche Herrschaft, die Erhaltung der Rasse, ihr wirtschaftliches Gedeihen und freies Walten der Mission sei erforderlich. Er hoffe durch den wirtschaftlichen Fortschritt auch auf kulturelle Erfolge. Er halte es für wichtig, daß möglichst viele tüchtige Deutsche nach Afrika kommen, aber er wisse noch nicht, ob sie dort leben und fortkommen können. Gouverneur, Frhr. v. Rechenberg, machte eingehende Mitteilungen über die Bedeutung der Araber für die Kolonien. Die Erfolge der christlichen Mission seien nicht zu bestreiten, aber sie müßte mehr von oben nach unten arbeiten, d. h. das Stammesoberhaupt zuerst gewonnen werden. Im weiteren Verlaufe der Beratung erklärte Staatssekretär Dernburg noch, den Angriff der Pflanzler habe er zurückweisen müssen, er sei ihnen aber heute noch ebenso wohlgesinnt, wie früher. Die Regierung habe zwischen den verschiedenen Interessen auszugleichen und nicht Partei für den einen gegen den anderen zu ergreifen. Er vertrete eine gemeinnützige Politik im allgemeinen Interesse mit gleichem Wohlwollen für alle.

* Berlin, 27. Febr. Die Kommission des Reichstages für das Vereinsgesetz verhandelte heute über den § 7 des Entwurfs, den sog. Sprachenparagrafen, ohne einen Beschluß zu fassen, und vertagte sich dann auf morgen.

Aus dem englischen Parlament.

(Telegramm.)

* London, 26. Febr. Unterhaus. Der Staatssekretär für Indien, Morley, sagte in Beantwortung einer Anfrage, daß die indische Regierung angewiesen sei, keinerlei Schritte zu tun, die irgendwie zur dauernden Besetzung des Gebietes der Zakkahels führen könnten. Die britische Regierung habe die Absicht, von den Grundfragen ihrer Grenzpolitik, die sie in den letzten zehn Jahren verfolgte, nicht abzuweichen. Diese Grundfragen gingen dahin, daß England seine Verantwortlichkeit nicht auf das Gebiet der Stämme ausdehne und sich jeder Einmischung enthalte, die irgendwie vermieden werden könne aus Gründen, die zu nennen im öffentlichen Interesse nicht zweckmäßig sein würde. In dem vorliegenden Falle seien die Hauptargumente gegen irgend einen Wechsel in dieser Politik besonders schwerwiegend. Die Expedition gegen die Zakkahels beschränkt sich auf die Bestrafung einer langen Reihe von gesetzwidrigen Ausschreitungen gegen friedliche Ansiedler auf britischem Gebiete. Die militärischen Operationen waren sehr wirksamer Art und man hofft, bald über eine ersprießliche Ordnung dieser Angelegenheit berichten zu können.

Im weiteren Verlaufe der Verhandlung teilte der Sekretär im Landwirtschaftsrate, Strachan, mit, daß das Verbot der Einführung von Heu und Stroh, das gestern angeknüpft wurde, sich auf ganz Europa, mit Ausnahme von Norwegen, Schweden und Dänemark beziehen werde, ebenso auf gewisse amerikanische Staaten.

Die Besprechung der Kongoprobleme im Unterhause forderten mehrere Redner die Regierung auf, eine Aktion zur Besserung der gegenwärtigen Verhältnisse einzuleiten. Staatssekretär Grey wies darauf hin, daß man kein größeres Recht beanspruchen könne, als andere Mächte. Die Interessen anderer Länder am Kongo dürften nicht vernachlässigt werden. Es sei sehr schwer für England, in einer solchen Frage die Initiative zu ergreifen. Mit anderen Mächten werde England gern Hand in Hand gehen. England werde indessen eine besondere Aktion vorbereiten. Es werde aber warten, bis man Klarheit darüber habe, ob Belgien den Kongostaat unter befriedigenden Bedingungen übernehme, und dann werde man mit Belgien über die Missionsfragen und anderen Fragen unterhandeln können. Wenn Belgien den Kongostaat nicht übernehme, so müsse man überlegen, ob der Kongostaat nicht jedes Recht auf internationale Anerkennung verweigert habe. Darauf wurde einstimmig eine von Grey gebilligte Resolution angenommen, welche die Verwaltung des Kongostaates aufs schärfste verurteilt und die Regierung ersucht, für eine Aenderung Sorge zu tragen.

Die Vorgänge in Rußland.

(Telegramm.)

* Jaroslaw-Selo, 27. Febr. Seine Majestät der Kaiser empfing gestern 307 Abgeordnete der Duma, die er mit einer längeren Ansprache begrüßte, wobei er ausführte:

Ich bin froh, Sie bei mir zu sehen und Ihnen Erfolg in den anscheinend einen glücklichen Verlauf nehmenden Arbeiten der Reichsduma zu wünschen. Seien Sie eingedenk, daß Sie von mir berufen worden sind zu dem Zweck der Ausarbeitung der für Rußland nötigen Gesetze, und um mir in der Aufgabe der Festigung und Ordnung des Rechtes behilflich zu sein. Von allen Gesetzesentwürfen, die laut meiner Weisung in der Reichsduma eingebracht wurden, halte ich den Gesetzesentwurf betreffend die Beförderung der Landwirtschaft für den wichtigsten. Ich erinnere an meine mehrfachen Hinweise, daß die Verletzung irgendwelcher Eigentumsrechte niemals meine Sanction erhalten wird. Ich weiß, mit welchen Gefühlen und Gedanken Sie bei mir erschienen sind. Rußland wuchs und erstarkte im Laufe von tausend Jahren dank dem aufrichtigen Glauben der russischen Leute und ihrer Ergebenheit gegenüber ihrem Kaiser und ihrer grenzenlosen Liebe zum Vaterlande. Solange dieses Gefühl im Herzen eines jeden Russen lebt, wird Rußland sich des Glückes, der Wohlfahrt und der Festigung erfreuen. Ich sehe mit Ihnen zu Gott, daß diese Gefühle immerdar im Herzen der russischen Leute fortleben und die Sonne des Glückes über unserem mächtigen Vaterlande leuchten möge.

Nach der Ansprache erschien Ihre Majestät die Kaiserin mit dem Thronfolger, die ebenfalls die Abgeordneten begrüßte. Diese nahmen dann ein Frühstück im Palais ein und kehrten nach Petersburg zurück, wo sie einem Dankgottesdienst in der Kasanathedrale beiwohnten.

* St. Petersburg, 27. Febr. Großfürst und Großfürstin Wladimir, sowie die Prinzessin Sophie von Ruß j. L. sind gestern nach dem Auslande abgereist.

Die Lage in Portugal.

(Telegramm.)

* Lissabon, 26. Febr. Alle Kasernen werden vom Kriegsminister und dem hiesigen Divisionskommandeur inspiziert. Gestern wurde die reitende Artillerie in Oueluz inspiziert und alles in vollkommener Ordnung befunden.

* Lissabon, 27. Febr. Die General- und Gemeinderäte, die durch Franco aufgelöst waren, sprachen dem neuen Ministerpräsidenten Ferreira für ihre Wiedereinsetzung bis zu den Neuwahlen fast ausnahmslos ihren Dank aus.

Die Balkanfrage.

(Telegramm.)

Bosnien und die Herzegowina.

* Wien, 26. Febr. In der österreichischen Delegation trat der gemeinsame Finanzminister Frhr. v. Burian verschiedene gegen die bosnische Verwaltung vorgebrachten Vorwürfen entgegen und wies auf das entscheidende die gegen einzelne Funktionäre gerichteten, jeder Begründung entbehrenden Vorwürfe zurück. Er erklärte, der Vorwurf, daß die Serben in Bosnien nach Belgrad schäuen, sei gewiß nicht gerechtfertigt. Den kroatisch-katholischen Interessen werde ein gleiches Interesse, wie den anderen Konfessionen entgegengebracht. Die Voraussetzungen, unter denen die Okkupation erfolgte, beständen heute noch aufrecht, und die Regierung komme allen berechtigten Wünschen entgegen. Sie trete aber mit voller Schärfe des Gesetzes gegen wüthierlichen Treiben entgegen, möge dessen Ursprung im Lande selbst oder außerhalb desselben liegen. Nicht der Wahrung der Machtstellung der Monarchie bestehe die Aufgabe der bosnischen Verwaltung in der Ausgleichung der Interessen der Monarchie mit den Interessen des bosnischen Vol-

kes. Dies enthalte, richtig aufgefaßt, nichts Gegenwärtiges. Die Entwicklung des Landes müsse sich Schritt für Schritt vollziehen. Als Kriterium für die Wichtigkeit des eingeschlagenen Weges möchte der Minister den Sach aufstellen, daß Bosnien und die Herzegowina für die Monarchie unter gar keinen Umständen eine Verlegenheit bilden werde. (Lebhafte Beifall.)

* Wien, 27. Febr. Die österreichische Delegation hat nach längerer Debatte den Okkupationskredit angenommen.

* Wien, 27. Febr. Das „Fremdenblatt“ sagt zu den Erklärungen Greys und Fitzmaurices bezüglich der mazedonischen Fragen: Die Aeußerungen bestätigen das schon vorher gewonnene Urteil über die Voreiligkeit und Grundlosigkeit der Befürchtungen eines großen Teiles der europäischen Presse hinsichtlich der jüngsten Entwicklung der Orientpolitik. Aus den logalen Aeußerungen der beiden Staatsmänner ergibt sich, daß die freundschaftlichen Gesinnungen Englands gegenüber unserer Monarchie auch in unseren Tagen noch ein wirkendes Element der englischen Politik bilden. Wunder nehmen kann höchstens der Gedanke an die Möglichkeit einer Störung des mazedonischen Reformwerkes durch das zweifellos unpolitische Bahnprojekt Oesterreich-Ungarns, da doch die englische Regierung genaue Kenntnis davon hat, daß Oesterreich-Ungarn in den letzten Tagen der Verhandlungen über die Justizreform den gleichen Standpunkt wie Rußland und England einnahm, und die dem englischen Kabinett bekannten Instruktionen an den österreichisch-ungarischen Votschafter in Konstantinopel eine mißverständliche Auffassung unserer Haltung in dieser Frage geradezu ausschließen mußten. Die Befürchtungen, daß unsere Politik den Effekt einer Störung des Konzerts der Mächte haben werde, werden wir nicht teilen. (Nach diesem Einwand gegen die englischen Kundgebungen, scheint die zu Beginn des Fremdenblattartikels befundene Freude über die freundschaftlichen Gesinnungen Englands gegen Oesterreich doch keine ganz ungegründete zu sein. Red.)

* Wien, 27. Febr. Seine Majestät Kaiser Franz Joseph empfing gestern nachmittag den Erbprinzen Danilo von Montenegro in Audienz.

* Konstantinopel, 26. Febr. Nach Angabe der Post ist eine 25 Mann starke bulgarische Bande im Bezirk Strumitza vernichtet worden.

Marokko.

(Telegramm.)

* Paris, 27. Febr. Der „Temps“ veröffentlicht ein vom 29. Januar datiertes Schreiben aus Marrakesch, in welchem unter anderem erzählt wird, fanatische Anhänger Mulay Hafids trügen in den Straßen auf Stangen gespießte Ziegenköpfe umher, welche Köpfe von Franzosen darstellen sollen und die von dem Böbel mit Steinen beworfen werden. Die Behörden begünstigen diese Kundgebungen. — Die Bürgerschaft von Marrakesch, welche unter dem Hinweis auf den heiligen Krieg mit schweren Steuern bedrückt wird, beginne allerdings, Mulay Hafids überdrüssig zu werden. Besonders die Schützlinge fremder Staaten, namentlich Frankreichs, werden in jeder Hinsicht hart drangsaliert.

* Paris, 26. Febr. An dem 2½-Millionendarlehen, das dem Sultan Abdul Afis von der Marokkanischen Staatsbank gewährt wurde, beteiligten sich die deutschen Banken mit 150 000 und Spanien mit 500 000 Franken.

Von der persisch-türkischen Grenze.

(Telegramm.)

* Urmia, 26. Febr. Der Vorsitzende der persischen Grenzregulierungskommission schlug gestern der türkischen Kommission vor, alle bisherigen Sitzungen als nicht dagewesen zu betrachten und die Verhandlungen von neuem zu beginnen. Die Türken gingen darauf nicht ein und erklärten, alle Beziehungen zwischen den beiden Kommissionen für abgebrochen. Die weiter berichtet wird, bilden scharfe Auslassungen des persischen Kommissars in der am 23. Februar stattgehabten Sitzung den Grund des Abbruchs der Verhandlungen zwischen den beiden Kommissionen.

* Tabris, 27. Febr. Nach neuesten Berichten aus Miandoab hat ein Teil der türkischen Truppen mit Artillerie Sandj Bulag bis heute nicht verlassen. Mehrere Führer, die auf dem Wege zum Prinzen Hermann waren, um ihre Südbildung darzubringen, mußten unterwegs umkehren. Auch der Gouverneur von Sandj Bulag hat seinen Reise unterbrochen.

Großherzogtum Baden.

* Karlsruhe, 27. Februar.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog wohnte heute vormittag in Gottesaue der Rekrutenbeschäftigung der 1. Abteilung des Feldartillerie-Regiments Großherzog (1. Badischen) Nr. 14 im Geschützregimenten bei.

Hierauf nahm Seine Königliche Hoheit den Vortrag des Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenrats Geheimrats D. Helbing entgegen.

Mittags ½1 Uhr empfing Seine Königliche Hoheit in Gegenwart des Ministerialpräsidenten Geheimrats Freiherrn von Marckall den königlich sächsischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Freiherrn von Friesen im Großherzoglichen Palais zur Ueberreichung seines Beglaubigungsschreibens.

Nachmittags hörte Seine Königliche Hoheit der Großherzog den Vortrag des Legationsrates Dr. Seyb und des Ministerialpräsidenten Geheimrats Freiherrn von Bodman.

Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin empfing abends 7 Uhr den königlich sächsischen Gesandten Frei-

herra von Friejen. Anschließend fand zu Ehren des Ge-
sandten Tafel statt, zu der verschiedene Einladungen er-
gangen waren.

(Großherzogliches Hoftheater.) Nachdem Herr Herz wie-
der hergekehrt ist, wird morgen, Freitag den 28. Februar 1908,
die angefordigte dritte Aufführung von Hebbels „Hera-
kles und Mariamne“ bestimmt stattfinden.

N. Badischer Architekten und Ingenieurverein. Morgen,
Freitag den 28. Februar, abends 8 1/4 Uhr, wird im großen
Saal des chemischen Instituts der Technischen Hochschule
der Professor Th. Hebbel über das Thema: „Wirtschafts-
licher und technischer Vergleich der vorliegenden Projekte für
die Ausnutzung der Wasserkraft der oberen Murg“ sprechen.

X. Baden, 26. Febr. Hofkapellmeister Wilhelm Waffel-
mann vom Karlsruher Hoftheater hatte heute abend im
hiesigen Theater seine Jubiläumsvorstellung. Zur Auffüh-
rung gelangte Kesslers „Nathan der Weise“ und bot in der
Titelrolle eine glänzende, fein abgerundete, darstellerische Lei-
stung. Das Publikum zeichnete den Jubilar durch reichsten
Beifall und viele Hervorrufe aus. Als sichtbares Zeichen der
Anerkennung wurden ihm Kränze, darunter ein solcher vom
Städtischen Kurkomitee, und wertvolle Geschenke von den hie-
sigen Theaterabonnenten überreicht. Am Schlusse der Vor-
stellung sprach Waffelmann, immer wieder gerufen, seinen
herzlichsten Dank für die ihm dargebrachte Ehrung aus. Die
Vorstellung fand vor fast ausverkauftem Hause statt.

Freiburg, 26. Febr. Die Generalversammlung des
Volkstrachtenvereins, an dessen Spitze Herr Geh.
Rat Föhrenbach, Großh. Landeskommissar, steht, fand
vorgestern abend statt. In den Mitteilungen für das Berichts-
jahr 1907 wird u. a. folgendes ausgeführt: Der Verein hat
mehrfach Beisitzungen zu kleineren Volkstrachtenfesten geleitet;
Trachtenfesten in größeren Städten hat er keine Unterstüt-
zung gewährt und deshalb beispielsweise die Beteiligung an
einem größeren städtischen Trachtenfest in Mannheim anläß-
lich der dortigen Ausstellung abgelehnt, während er bereit ist,
Trachtenfeste auf dem Lande auf Wunsch der betreffenden
Bevölkerung zu unterstützen, wie dies bei dem Feste in Lauten-
bach im Herbst der Fall war, durch welches die Talbeson-
nen für das Festhalten an ihrer schönen Tracht erwärmt wur-
den. Der Verein erhielt Beiträge von dem Stadtrat Freiburg
und von dem Großh. Ministerium der Justiz, des Kultus und
Unterrichts, sowie auch von Freunden der Sache aus Privat-
kreisen. Die Mitgliederzahl ist etwas zurückgegangen (von
279 auf 268), die finanzielle Lage des Vereins ist als eine
günstige zu bezeichnen.

Kleine Nachrichten aus Baden. Der Kreisvoranschlag des
Kreises Baden-Baden für 1908 schließt in Einnahmen mit
172 405 M., an Ausgaben mit 352 300 M. ab. Vorgezogen
sind u. a. für Unterrichtsanstalten 23 650 M., Landwirtschaft
7800 M., Armen- und Krankenpflege 56 900 M., Straßen
und Wege 221 964 M. Die Kreissteuerkapitalien haben eine Ver-
mehrung von 487 067 338 M. — 118 Proz. — erfahren und
betragen 899 477 587 M. Die Kreisumlage konnte von 37 auf
20 Pf. pro 1000 M. Steuerkapital herabgesetzt werden. — Der
Gemeindevoranschlag in Schwetzingen für 1908 sieht an Ein-
nahmen 135 455 M., an Ausgaben 283 680 M. vor. Die Um-
lage beträgt 45 Pf. — In Reutlingen i. Schw. wird in diesem
Jahre eine Umlage von 20 Pf. (bisher 40 Pf.) erhoben. — Die
Umlage in Konstanz wurde pro 1908 auf 44 Pf. festgesetzt. —
Wie aus Lauingen gemeldet wird, ist der 21. Jahre alte,
von Horkheim gebürtige Vantagelmeister Otto Maier bei einem
Ausfluge in die Waadtländer Berge mit einem Kollegen ver-
unglückt. Nachforschungen blieben bisher erfolglos. —
In Waldbühl soll eine Ortskrankenkasse errichtet werden.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Berlin, 27. Febr. Seine Majestät der Kaiser empfing
gestern mittag den ehemaligen Staatssekretär des Reichs-
kabinetts von Stengel und sprach heute beim
Staatssekretär des Außern und darauf beim Reichs-
kanzler vor.

Miel, 27. Febr. Die Kaiserjacht „Sohenzollern“
ist heute früh in den Kaiser Wilhelm-Kanal eingelaufen,
um die Fahrt nach dem Mittelmeer anzutreten.

Berlin, 27. Febr. An den diesjährigen Kaiser-
manövern nehmen, lt. „Mitt. Bl.“, nach Vereinbarung
mit Seiner Königlichen Hoheit dem Prinz-Regenten
von Bayern, von bayerischen Truppen eine Infanterie-
und eine Kavalleriedivision teil.

Berlin, 27. Febr. Die Ratifikationsurkunden
zu der am 9. November 1907 in Rom unterzeichneten Ueber-
einkunft zwischen Deutschland und Italien, betreffend den
Schutz von Werken der Literatur und Kunst
und der Photographie, wurden am 25. Februar in Rom aus-
gewechselt.

Miel, 27. Febr. Die Howaldtwerke haben gestern
60 Prozent ihrer Arbeiter ausgesperrt. Es ist dies eine
Gegenmaßregel gegen die von den organisierten Arbeitern
erfolgte Arbeitsüberlegung in einzelnen Betrieben des
Schiffsbaues.

Schwerin, 27. Febr. Nach dem heutigen Bulletin über
das Befinden Seiner Königlichen Hoheit des Großher-
zogs ist eine dauernde Besserung zu verzeichnen. Die
Nachtruhe war ungestört und die Nahrungsaufnahme genü-
gend. Der Kräftezustand ist befriedigend.

Gera, 27. Febr. Fürst Ferdinand von Bulgari-
en ist heute vormittag auf Schloß Osterstein einge-
troffen.

München, 26. Febr. Dem Landtag ging heute abend eine
Vorlage zur Erbauung von 26 Lokalbahnlinien zu, die einen
Gesamtaufwand von 33 728 300 M. erfordern.

Wien, 27. Febr. Der Budgetausschuß des Abgeord-
netenhauses nahm die ersten fünf Titel des Voranschlags
des Eisenbahnministeriums an. Eisenbahnminister Der-
schka erklärte sich gegen die Einführung der 4. Klas-
senklasse und teilte mit, daß die Verstaatlichungsverhand-
lungen mit der böhmischen Nordbahn so glatt ver-
laufen seien, daß er dem Hause bald eine entsprechende Vor-
lage zu unterbreiten hoffe. Die Frage der Elektrifizierung, so-
wie die der Rohölsteuerung für die Staatsbahnen bilde den
Gegenstand eingehender Studien.

Osag, 27. Febr. Ein von dem Prinzen Heinrich der
Niederlande geleiteter Wagen, in dem sich auch Ihre
Majestät die Königin befand, stieß gestern mit einem in
voller Fahrt befindlichen Wagen der elektrischen Straßenbahn
zusammen. Drei Räder des königlichen Wagens brachen.
Die durch ein Wunder blieben die Königin und der Prinz
unverletzt. Die Königin konnte sich kurz nach dem Un-
fall zu Fuß nach dem Palais begeben.

Kopenhagen, 26. Febr. Das Landsting nahm in dritter
Lesung den Gesetzentwurf betreffend die Einführung des all-
gemeinen kommunalen Wahlrechtes mit 32
gegen 29 Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen an.

Stockholm, 27. Febr. In ganz Schweden wurde
gestern der 250. Jahrestag des im Jahre 1658 abge-
schlossenen Friedens von Roskilde gefeiert,
durch den Schweden seine jetzigen Grenzen erhielt. In
Stockholm wurden in den Kirchen Dankgottesdienste, in
den Schulen besondere Feierlichkeiten abgehalten. Ges-
ter abend wurde die Stadt glänzend beleuchtet. In der
Kirche von Middarholmen legten Seine Majestät der
König, sowie die Mitglieder des Reichstages Kränze
am Grabe König Karl V., Gustaf, nieder. Ein großer
Festzug, an dem die Mitglieder des Reichstages, Mil-
itär, die Gemeindebehörden, sowie viele Vereine und
Schulen usw. teilnahmen, begab sich nach dem Nordischen
Museum, wo das Reiterstandbild Königs Karl V., Gu-
staf aufgestellt war. Vor dem Standbild trug ein Chor
von 5000 Sängern patriotische Lieder vor.

Rom, 26. Febr. In der heutigen Sitzung der Kammer
wurde die Beratung über den Antrag Bissolati betr.
den Laiencharakter der Schule, fortgesetzt. Sacchi
erklärte, man könne den Religionsunterricht in den öffent-
lichen Schulen selbst auf Verlangen der Familienväter nicht
zulassen. Darnio verteidigte das von der Regierung in
der Sitzung des Ministerrats vom 2. Februar gebilligte all-
gemeine Reglement über den Volksschulunter-
richt. Das Reglement besagt, daß die Gemeindeverwaltun-
gen durch geeignete Lehrer oder andere Personen, deren Leh-
befähigung von der Schulbehörde anerkannt ist, für den Reli-
gionsunterricht derjenigen Schüler Sorge zu tragen haben,
deren Eltern einen solchen Unterricht fordern; wenn inbe-
sondere die Majorität einer Gemeindevertretung von der Erteilung
des Religionsunterrichts nichts wissen will, soll dieser Unter-
richt dennoch durch von der Behörde zugelassene Lehrer erteilt
werden können, falls die Familienväter den Unterricht wün-
schen. Der Unterrichtsminister Naba hob im weiteren Ver-
laufe der Verhandlungen hervor, daß die Volksschule in Ita-
lien einen vollkommenen Laiencharakter trage, und
verteidigte das von der Regierung vorgelegte Reglement, das
den Gemeinden völlige Freiheit lasse und die Lehrer von einer
Unterrichtspflicht, die gegen ihr Gewissen verstoße, (Be-
kämpfer Beifall.)

London, 27. Febr. Bei Besprechung der gestrigen Rede
des Ministers des Außern, Grey, sagt die „Westminster
Gazette“ über das europäische Konzert, daß die Verbesserung
der Beziehungen zwischen Deutschland und
England eine wesentliche Hilfe hierzu sein würde, die mit
der Zeit mehr bedeute, als die Herstellung des Gleichgewichts
in den Meinungsverschiedenheiten über die Eisenbahnfragen.
Der deutsche Botschafter habe sich gestern abend in
seiner Rede auch über diese Angelegenheit geäußert. England
sei erfreut, zu hören, die deutsche Regierung habe die erste
Hoffnung, daß gegen die Greuelthaten schnell eingegriffen
werde. England glaube, daß die Festigung und den Aus-
bau der wiederhergestellten guten Beziehungen zwischen
Deutschland und England nichts dienlicher sein
würde, als eine aufrichtige und ernste Zusammenarbeit in
dieser Richtung. Deutschland sei augenblicklich in der Lage,
einen entscheidenden Einfluß auszuüben. Das europäische
Konzert brauche zurzeit einen ständigen Einfluß, und dem
könne kaum besser gedient werden, als durch den Beweis, daß
Deutschland und England aufrichtig mit ein-
ander verbunden sind.

Washington, 27. Febr. Der Senat beschloß, daß der Ge-
setzentwurf des Senators Aldrich zur Verbesserung des
Geldumlaufs an erster Stelle auf die Tagesordnung
gesetzt werden soll. Man rechnet damit, daß der Entwurf an-
genommen werden wird.

Teheran, 27. Febr. Der neuernannte deutsche Ge-
sandte, Graf Wylradt-Fsny, hat dem Schah sein
Beglaubigungsschreiben überreicht.

Verschiedenes.

Berlin, 27. Febr. Der Prozeß gegen die Direktoren und
Mitarbeiter der Preussischen Kreditbankgenos-
senschaft m. b. H., Jäger und Genossen, wurde gestern
nach achtstündiger Verhandlung beendet. Der Direk-
tor, Erich Jäger, wurde wegen Verleitung zum Meineid, Bei-
hilfe zur Untreue und schwerer Urkundenfälschung, sowie we-
gen verübten Betrugs und Unterschlagung zu 3 1/2 Jahren
Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt, der Agent
Maxwitt wegen Untreue zu 1 1/2 Jahre Gefängnis, der Kauf-
mann Hans Steinbock wegen Verleitung zum Meineid zu
1 1/2 Jahren Zuchthaus, Frau Leopoldine Maxwitt wegen
Verleitung zum Meineid zu 1 Jahr Zuchthaus.

Altenstein, 27. Febr. Die Zeugenvernehmung der Frau
des erschossenen Majors v. Schönebeck wird voraussichtlich
nicht möglich werden, weil sie infolge Geisteskrankheit für ver-
nehmungsunfähig erklärt worden ist.

Miel, 27. Febr. Die Torpedobote S 140 und S 139 sind
in der Nacht auf Mittwoch in der Ostsee zusammen-
gestoßen. S 140 lief S 139 ins Ged. Der Steven drang
dabei in den Mannschaftsraum von S 139 ein, wodurch Ober-
sanitätsgast Schulz getötet wurde und der Heizer Ludwig
Duetzschungen erlitt. Beide Boote liefen gestern vormittag
zur Reparatur in der hiesigen Werft ein.

Miel, 27. Febr. In der St. Nikolai-Kirche wurde heute
nachmittag für den verstorbenen Professor Geh. Rat Dr. von
Esmarck eine Trauerfeier abgehalten, zu der sich außer
den Anverwandten eine zahlreiche Trauerversammlung ein-
gefunden hatte. Im Laufe des Vormittags hatte Prinz
Heinrich von Preußen im Auftrage des Kaiserpaa-
res zwei herrliche Kranzspenden am Sarge niedergelegt.

Stettin, 27. Febr. Der vom hiesigen Schwurgericht wegen
Mordes zum Tode verurteilte Arbeiter Zigan ist heute früh
im Hofe des Landesgerichtsgefängnisses hingerichtet wor-
den. Zigan hatte den Förster Krüger, der ihn im Mai v. J.
beim Wildern überraschte, erschossen.

Strasbourg, 27. Febr. Der 67jährige Invalide Heinrich aus
Mülhausen, an dem man schon öfters Zeichen von Geistes-
störung bemerkt hatte, schlug eine Frau, namens Tschoran,
mit der er sich unterhielt, plötzlich in einem Wahnfinnsanfall
mit einem schweren Holzhammer auf den Kopf, daß sie
Schädeldecke sprang. Dann bearbeitete er die am Boden lie-
gende Frau darauf, daß sie bald starb. Eine
hinzu kommende Frau hätte daselbe Schicksal erlitten,
wenn sie nicht ihr Mann von dem Wütenden befreit hätte.
Als der alte Mann zu sich kam und hörte, was er getan, stellte
er sich selbst der Polizei.

München, 27. Febr. Der Staatsanwalt erhob Anklage wegen
Körperverletzung mit Todesfolge gegen den Schutzmann

Schauer, der in der Nacht zum 21. Dezember den Stu-
denten Moschel erschossen hatte.

Bern, 27. Febr. Regierungsrat Steiger, seit 1868 Mit-
glied der bernischen Regierung, deren Präsident er mehrere
Mal war, und seit 20 Jahren Mitglied des Nationalrates, ist
gestorben.

Kraun, 27. Febr. Auf der Straße Premysl-Neuzag-
gore wurde ein den guten Ständen angehörender Reisen-
der von unbekanntem Attentäter überfallen, ausgeraubt und
zum Zuge hinausgeworfen, wobei er mit dem Kopfe im Schnee
stehen blieb. Er wäre erlitt, wenn ihn nicht der Lokomotiv-
führer eines nachfolgenden Zuges ausgegraben hätte. Der
Ueberfallene ist schwer verletzt. Einer der Täter dürfte mit
seinem Opfer aus dem Zuge gestürzt sein, da man Fußspuren
im Schnee bemerkte.

Paris, 26. Febr. Die vor kurzem hier gegründete Vereini-
gung für die Errichtung eines Marktes für ausländische
und koloniale Waren in Frankreich wird demnächst
nach dem Beispiel Hamburgs und anderer großer Handels-
plätze eine Art Warenbörse errichten, wo die ausländi-
schen Käufer die erforderlichen Auskünfte über Warenpreise
usw. erhalten sollen.

Newyork, 27. Febr. Nach Meldungen aus Cincinnati wurde
der dortige deutsche Bizekonsul Maher in seinem Wabe-
zimmer mit einer Schußwunde in der Brust tot aufgefunden.
Man vermutet Selbstmord.

Ein Musikschwindler.

Wien, 27. Febr. Die Enttarnung eines Musikplagia-
tors durch den bekannten Geiger Ondritschek macht
hier viel Aufsehen. Es handelt sich um ein junges württem-
bergisches Genie, Fritz Hahn, der mit ersten Empfehlungen
nach Wien kam, wo für ihn ein Fonds gesammelt wurde und
eine Erzherzogin, sowie die Fürstin Pauline Metternich ihm
die Wege zum Erfolg ebneten. Der Wunderknabe schrieb in
4 Monaten 11 Sinfonien, wahre Meisterwerke, die sowohl bei
Hörsdorfer, als auch bei Erbad mit großem Erfolg aufge-
führt wurden. Fürstin Metternich wollte die Herausgabe
seiner gesammelten Werke durchsetzen, Hahn setzte aber die-
sem Plane den hartnäckigsten Widerstand entgegen. Dadurch
entstand der Verdacht des Plagiats und heute steht fest, daß
Hahn seine Sinfonien und Sonaten abgeschrieben hat. Alles,
was er bisher komponierte, ist die Klavierübertragung von Or-
gelnwerken des Komponisten Joseph Gabriel Heineberger,
und zwar Seite für Seite, Zeile für Zeile. Hahn hatte mitt-
lerweile als Organist und Musiklehrer im Konvikt des Karls-
burger Stiftes Anstellung gefunden. Alle Briefe, in denen
er aufgefordert wurde, seinen Schwindel einzugestehen, ließ
er unbeantwortet. Der Rektor des Konvikts hält ihn des mu-
siliterarischen Diebstahls für überführt, weshalb Hahn seiner
Entlassung entgegensteht. Briefe, die Hahn an seine
Freunde richtete, enthielten Stellen, die aus Beethovens Brie-
fen abgeschrieben waren.

Literatur.

Korfu und das Achilleion. Erlebtes und Erlauchtes von
Therese Kracht. Mit vielen Illustrationen und einer mehr-
farbigen Karte. Verlag von Ulrich Kraft, Berlin SW.
Preis 2.50 M. Der Ankauf des Achilleion durch den Deut-
schen Kaiser hat die Aufmerksamkeit weitest Kreise wieder auf
Korfu, die schönste der griechischen Inseln, gelenkt. Es wird
daher die in leichtem, amüsantem Plauderton erzählte Reise-
beschreibung für jedermann eine willkommene und erwünschte
Lektüre sein. Die Verfasserin hat es verstanden durch warm
empfundene Natur- und Menschenschilderung und humo-
ristische Darstellung der Landeseigentümlichkeiten zu fesseln
und den stolzen Weinamen Korfu, „die Perle des Mittel-
meeres“, zu rechtfertigen. Reichster Bilderschmuck, mit be-
sonderer Berücksichtigung des Kaiserpalastes Achilleion, unter-
stützt die anschaulichen Beschreibungen von Land und Leuten.
Außerdem gibt Frau Therese Kracht alle nötigen praktischen
Ratsschläge und Anweisungen, sowohl für den Aufenthalt auf
Korfu, wie auch für die Reise dorthin.

Großherzogliches Hoftheater.

Im Hoftheater in Karlsruhe.

Freitag, 28. Febr. Abt. C. 39. Ab.-Vorst. „Herodes und
Mariamne“, Trauerspiel in 5 Akten von Hebbel. Mariamne:
Melanie Krüger-Michaelis vom Stadttheater in Straßburg
als Gast. Anfang 7 Uhr, Ende 11 1/2 Uhr.

Samstag, 29. Febr. Abt. A. 41. Ab.-Vorst. Zum ersten
Male: „Der letzte Punkt“, Lustspiel in 3 Akten von Oskar
Blumenthal und Gustav Kadelburg. Anfang 7 Uhr.

Sonntag, 1. März. Abt. B. 41. Ab.-Vorst. „Die lustigen
Weiber von Windsor“, komisch-phantastische Oper in 3 Akten
mit Konz. Musik von Nicolai. Anfang halb 7 Uhr, Ende
10 1/2 Uhr.

Montag, 2. März. 20. Vorst. außer Ab. Einmaliges Gast-
spiel des Elsassischen Theaters in Straßburg. Zum ersten-
mal: „Aus Koppers Apotheke“, Schwank in 3 Akten von Gustav
Stoskopf. Anfang 7 Uhr.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie u. Hyd.
vom 27. Februar 1908.

Eine neue, weit nach Süden hin ausgebreitete Depression
ist bei Island erschienen; sie veranlaßt bis zum Fuß der
Alpen herab trübes Wetter mit Regen- und Schneefällen. Der
hohe Druck hat sich ganz auf das Innere Rußlands und auf
den Südwesten zurückgezogen; ein weiteres Minimum liegt
über Unteritalien. Eine wesentliche Witterungsänderung ist
nicht zu erwarten.

Wetternachrichten aus dem Süden

vom 27. Februar, früh.

Lugano heiter 1 Grad; Biarritz Nebel 10 Grad; Nizza
wolkenlos 5 Grad; Triest wolkenlos 5 Grad; Florenz wolken-
los 6 Grad; Rom wolkenlos 5 Grad; Cagliari wolkenlos
7 Grad; Brindisi bedeckt 8 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Februar	Barom.	Therm.	Abf.	Feuchtig-	Wind	Himmel
	mm	in C.	in mm	in %	Stk	bed.
26. Nachts	9 ⁰⁰ 751.9	3.8	4.9	82	W	wolkig
27. Morgs.	7 ⁰⁰ 748.7	3.8	4.4	73	SW	bedeckt
27. Mittags	2 ⁰⁰ 747.6	5.1	5.5	85	W	„

Höchste Temperatur am 26. Februar: 6.0; niedrigste in der
darauffolgenden Nacht: 3.4.

Niederschlagsmenge des 26. Februar: 0.1 mm.
Wasserstand des Rheins am 27. Februar, früh: Schutter-
insel 2.03 m, gefallen 7 cm; Rehl 2.71 m, gefallen 9 cm;
Ragau 4.59 m, gefallen 19 cm; Mannheim 4.50 m, gefallen
6 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Raß in Karlsruhe.
Druck und Verlag:
G. Braun'sche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Todes-Anzeige.

Tieferschüttert machen wir hiermit die traurige Mitteilung, dass unser teurer Gatte und Vater

Herr Friedrich Schlachter
Rechtsanwalt

Mittwoch abend 1/11 Uhr im 38. Lebensjahre plötzlich an Herzschlag verschieden ist.

Sinsheim a. Elsenz, 27. Februar 1908.

Namens der trauernden Hinterbliebenen:
B. Schlachter Ww.
geb. Jakoby.

Beerdigung findet Samstag, nachmitt. 3 Uhr, statt.

Hotel Friedrichshof

Fastnacht - Dienstag,
abends 8 Uhr im oberen Fest-Saal

Elegante Soirée

Musik:
Ungarische Magnaten - Kapelle

Feinste Soupers

Künstlerische Dekoration und Beleuchtung
(Lauben und Nischen)

Wegen zahlreicher Anmeldungen empfiehlt es sich,
Tische jetzt schon reservieren zu lassen.

Lebensbedürfnisverein Karlsruhe
eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Die verehrlichen Mitglieder werden zu der am
Freitag, den 6. März d. Js., abend 8 Uhr,
im großen Saale der Gesellschaft „Eintracht“ stattfindenden
ordentlichen Generalversammlung
ergebenst eingeladen.

Der Eintritt ist nur den Mitgliedern des Vereins gegen Vorzeigen der in ihrem Besitze befindlichen 1908er grauen Legitimationskarte gestattet. Für die selbständigen Hausfrauen ist die Galerie vorbehalten.

Die Rechnungsnachweisungen nebst Bilanz für 1907 liegen in den Geschäftsräumen des Vereins, Bähringerstr. 45 und 47, sowie in den Vereinständen auf und können daselbst in Empfang genommen werden.

Karlsruhe, den 24. Februar 1908.

Der Aufsichtsrat des Lebensbedürfnisverein Karlsruhe
eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.
R. Kirzsch, Vorsitzender. P. 479

P. 584.3.1 Zu verkaufen
elegante Zugsperde
worunter ein Paar 5- und 6-jährige ungarische Jucker vertraut und sehr schnell, für Offiziere oder Aerzte sehr geeignet. Gefällige Anfragen unter **F. F. 4140** an **Rudolf Woffe, Freiburg i. S.**

Bürgerliche Rechtsstreite.

Deffentliche Zustellung einer Klage.
P. 499.2 Nr. 1816. Offenburg. Die Marie Fränzinger, früher Gastwirtin, jetzt Privatistin in Mannheim, P. 2, 6. — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Krieg in Offenburg — klagt gegen den Emil Wolf, Bierbrauer, früher in Griesheim, dann in Frankfurt, jetzt unbekanntem Aufenthalts, unter der Behauptung, daß II. rechtskräftigen Urteils des Großh. Landgerichts Mannheim vom 29. Dezember 1897 der Beklagte der Klägerin 445 M. 98 Pf. nebst 5 Proz. Zins seit 18. November 1897 nebst den Kosten jenes Rechtsstreits schulde, daß aus diesem Urteil für die Klägerin auf dem Grundstück der Gemarkung Oberbruch, Amt Bühl, Gb.-Nr. 472 in der III. Abteilung Grundbuch Band 10, Heft 17, eine Sicherungshypothek für den genannten Betrag, sowie für 150 M. Kosten eingetragen worden sei, daß infolge ungenauer Bezeichnung der Klägerin die Sicherungshypothek eingetragen worden sei auf M. Fränzinger, Gastwirt zum goldenen Ochsen in Mannheim, statt auf Marie Fränzinger in Mannheim, mit dem Antrage, der Beklagte wird verurteilt:

1. einzuwilligen, daß das Grundbuch von Oberbruch, Band 10, Heft 17, dahin berichtigt wird, daß als Gläubigerin der auf Gb.-Nr. 472 in der III. Abteilung an erster Stelle

eingetragenen Sicherungshypothek von 445.98 M. eingetragen wird;

Marie Fränzinger, früher Gastwirtin, jetzt Privatistin in Mannheim, P. 2, 6.

2. die Zwangsvollstreckung aus dem Grundstück der Gemeinde Oberbruch Gb.-Nr. 472 Grundbuch Bb. 10 Heft 17 aus der auf diesem Grundstück in der 3. Abt. an erster Stelle zugunsten der Klägerin eingetragenen Sicherungshypothek für den Betrag von 445.98 M. nebst 5 Proz. Zins seit 18. November 1897, sowie 150 M. Kosten zu dulden;

3. der Beklagte hat die Kosten zu tragen;

4. das Urteil ist gegen Sicherheitsleistung vorläufig vollstreckbar.

Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die I. Zivilkammer des Großherzoglichen Landgerichts Offenburg auf:

Dienstag den 14. April 1908,
vormittags 9 Uhr,
mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.

Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.

Offenburg, den 20. Februar 1908.
Gerichtsschreiber Gr. Landgerichts:
Wetherheimer.

Deffentliche Zustellung einer Klage.
P. 540.2.1. Nr. 1909. Offenburg. Der Ferdinand Nothenberger in Lautenbach im Murgtal, Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Wüster hier, klagt gegen den Maurer August Frenn von Nonnenweier, zurzeit unbekanntem Aufenthalts, aus Darlehen vom 1. Dezember 1904, wovon für den Teilbetrag von 600 M. der Beklagte dem Kläger laut Eintrag zum Grundbuch Nonnenweier, Band 5, Heft 26, eine

Sicherungshypothek auf seine Liegenschaften in Nonnenweier gewährte, mit dem Antrag auf Zahlung von 1700 M. nebst 4 Proz. Zins vom 1. Januar 1905 und Duldung der Zwangsvollstreckung für den Teilbetrag von 600 M. in seine wie vorstehend angegebenen belasteten Liegenschaften.

Der klägerische Vertreter ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die zweite Zivilkammer des Großherzoglichen Landgerichts zu Offenburg auf:

Freitag den 24. April 1908,
vormittags 9 Uhr,
mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.

Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.

Offenburg, den 24. Februar 1908.
Frenn,
Gerichtsschreiber Großh. Landgerichts.

Deffentliche Zustellung einer Klage.
P. 559.2.1. Nr. A 5507. Raftatt. Die Firma Anton Rheinbold, Zigarrenfabriken in Raftatt, Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Pletscher daselbst, klagt gegen den Kaufmann Karl Walsch, zurzeit an unbekanntem Orte, früher zu Raftatt, auf Grund der Behauptung, daß derselbe ihr aus unerlaubter Handlung und Zigarrenlauf de 1906 241 M. 84 Pf. schulde, mit dem Antrage auf kostenfällige Verurteilung durch vorläufig vollstreckbares Urteil zur Zahlung von 241 M. 84 Pf. nebst 4 Proz. Zins seit 1. Januar 1907.

Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor das Großh. Amtsgericht zu Raftatt auf:

Dienstag den 28. April 1908,
vormittags 9 Uhr,
Zimmer Nr. 230. Die Einlassungsfrist wurde auf 2 Wochen festgesetzt.

Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.

Raftatt, den 22. Februar 1908.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Nochler.

Aufgebot.
P. 548.2.1. Nr. 1955. Oberkirch. Die Ludwig Döferer, Ehefrau, Sofie geborene Müller in Peterstal, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Günzburger in Offenburg, hat beantragt, ihren verschollenen, oben genannten, Mitte der 1890er Jahre nach Amerika ausgewanderten Ehemann, zuletzt wohnhaft in Peterstal, für tot zu erklären.

Der bezeichnete Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf

Donnerstag den 5. November 1908,
vormittags 9 Uhr,
vor dem Großh. Amtsgericht Oberkirch anberaumten Aufgebotsstermine zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.

An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotsstermine dem Gericht Anzeige zu machen.

Oberkirch, den 18. Februar 1908.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Schneider.

Aufgebot.
P. 580.2.1. Nr. 1848. Pforzheim. Der Hilfsarbeiter Johann Melchior Hengel in Pforzheim hat beantragt, den Gipsmeister

Johann Melchior Hengel,
geboren am 17. Mai 1844 in Dedensbronn, zuletzt wohnhaft in Nyringen, für tot zu erklären.

Der bezeichnete Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf

Mittwoch den 23. September 1908,
vormittags 9 Uhr,
vor dem Großh. Amtsgericht hier, Zimmer Nr. 19, anberaumten Aufgebotsstermine zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.

An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotsstermine dem Gericht Anzeige zu machen.

Pforzheim, den 22. Februar 1908.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Lohrer.

Aufgebot.
P. 576. Nr. 2168. Eberbach. Das Konkursverfahren über den Nachlaß des am 7. August 1906 zu Rodenau verstorbenen Landwirts Georg Philipp Wälsch II. wird infolge der Schlussverteilung nach erfolgter Abhaltung des Schlusstermins hierdurch aufgehoben.

Eberbach, den 24. Februar 1908.
Großh. Amtsgericht:
geg.: **Dr. Schüler.**
Dies veröffentlicht:
Heinrich, Amtsgerichtsschreiber.

Bekanntmachung.
P. 545. Karlsruhe. Im Konkursverfahren über das Vermögen des Maurermeisters und Lammwirts Ludwig Linde in Leutchenreut soll mit Genehmigung Großh. Amtsgerichts hier die Schlussverteilung erfolgen.

Dierzu sind verfügbar Nr. 11 594, 13, während an nicht bevorrechtigten Forderungen Nr. 32 643, 63 zu berücksichtigen sind.

Auf die §§ 152 u. 153 R.-O. wird verwiesen.

Karlsruhe, den 25. Februar 1908
Der Konkursverwalter:
Carl Burger.

Konkursverfahren.
P. 549. Nr. A 4431. Konstanz. Im Konkursverfahren über das Vermögen des Gastwirts Hermann Wellenreuther in Reichenau wurde durch Gerichtsbeschluss vom heutigen an Stelle des verstorbenen Konkursverwalters Kleiner dessen Sohn Konrad Ernst Kleiner dahier zum Konkursverwalter ernannt.

Konstanz, den 21. Februar 1908.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Rogel.

Konkursverfahren.
P. 541. Mannheim. Zur gerichtlich genehmigten Schlussverteilung in dem Konkurs über das Vermögen des Bauunternehmers Josef Schultze in Mannheim, sind: Nr. 6404, 64 verfügbar.

Nach dem deponierten Schlussverzeichnis sind dabei zu berücksichtigen: Nr. 3300, 40 bevorrechtigte und Nr. 65 306, 69 unbedingte Forderungsbeträge.

Mannheim, den 25. Februar 1908.
Friedrich Bühler,
Konkursverwalter.

Konkursverfahren.
P. 577. Nr. 1857. Mannheim. Ueber das Vermögen der Firma Dampfagewerk Sodenheim, Gebrüder Heene in Sodenheim, Inhaber Louis Heene & Otto Heene in Sodenheim, wird heute nachmittags 3 1/2 Uhr das Konkursverfahren eröffnet.

Zum Konkursverwalter ist ernannt: Kaufmann Friedrich Bühler in Mannheim.

Konkursforderungen sind bis zum 15. März 1908 bei dem Gerichte anzumelden.

Zugleich wird zur Beschlussfassung über die Wahl eines definitiven Verwalters, über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf

Dienstag den 24. März 1908,
vormittags 11 Uhr,
sowie zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

Dienstag den 24. März 1908,
vormittags 11 Uhr,
vor dem Großh. Amtsgerichte, Abt. 8, I. Obergeschloß, Zimmer Nr. 98, Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu veräußern oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Bestitte der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 15. März 1908 Anzeige zu machen.

Mannheim, den 25. Februar 1908.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts 8.

Konkursverfahren.
P. 578. Nr. 3682. Offenburg. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Rüstfabrikanten Karl Thoma in Offenburg ist zur Abnahme der Schlussrechnung und zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis Termin vor dem Amtsgericht hier, Zimmer Nr. 248, bestimmt auf:

Freitag den 20. März 1908,
vormittags 9 Uhr,
vor dem Großh. Amtsgericht Offenburg.

Offenburg, den 22. Februar 1908.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Bühl.

Konkursverfahren.
P. 560. Nr. 5224. Raftatt. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Landwirts und Sesselmachers Anton Strobel in Rotenfels ist zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis Termin vor dem Amtsgericht hier, Zimmer Nr. 248, bestimmt auf:

Samstag den 21. März 1908,
vormittags 9 Uhr.

Die Vergütung für die Geschäftsführung des Konkursverwalters wurde auf 92 M. 40 Pf., die baren Auslagen auf 27 M. 30 Pf. festgesetzt.

Raftatt, den 25. Februar 1908.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Nochler.

Konkursverfahren.
P. 551. Nr. 4441. Waldshut. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Seifenhändlers Emil Wegeler, Inhaber der Firma August Wegeler Sohn in Waldshut, wurde nach Abhaltung des Schlusstermins und nach Vollzug der Schlussverteilung durch Gerichtsbeschluss vom heutigen aufgehoben.

Waldshut, den 20. Februar 1908.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Schmitt.

Konkursverfahren.
P. 579. Nr. A 2295. Weinheim. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Heinrich Casparius, Inhaber der Firma Gerlings Warenhaus, Inhaber Heinrich Casparius in Weinheim, ist Termin zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis und zur Anhörung der Gläubigerversammlung über die Festsetzung der Auslagen und der Vergütung für die Mitglieder des Gläubigerausschusses bestimmt auf

Montag den 23. März 1908,
vormittags 11 Uhr.

Weinheim, den 24. Februar 1908.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Eisenhauer.

Strafrechtspflege.
P. 391.3.2 Nr. 3052. Waldshut. 1. Adolf Mehr, geb. am 22. September 1884 zu Säckingen, zuletzt im Inlande daselbst wohnhaft, zurzeit in Chicago, 2. Engelbert Matt, geb. am 18. September 1884 zu Bergalingen, im Inlande, zuletzt in Säckingen wohnhaft, zurzeit unbekanntem Aufenthalts, werden beschuldigt, daß sie als Wehrpflichtige in der Absicht, sich dem Eintritte in den Dienst des stehenden Heeres oder der Flotte zu entziehen, ohne Erlaubnis entweder das Bundesgebiet verlassen haben oder nach erreichtem militärfähigem Alter sich außerhalb des Bundesgebietes aufhalten, Vergehen gegen § 140 Biffer 1 des R.-St.-G.-B.

Dieselben werden auf

Dienstag, den 7. April 1908,
vormittags 9 Uhr,
vor die II. Strafkammer des Großh. Landgerichts Waldshut zur Hauptverhandlung geladen.

Bei unentschuldigtem Ausbleiben werden dieselben auf Grund der nach § 472 der Strafprozeßordnung von den Zivilvorstehenden der Erjakommission zu Säckingen über die der Anklage zu Grunde liegenden Tatsachen ausgestellt Erklärung verurteilt werden.

Waldshut, den 16. Februar 1908.
Der Großh. Staatsanwalt:
Kuenzler.

Bekanntmachung.
P. 586. Nr. 11758. III. Karlsruhe. Die Befetzung des V. Bezirks betr.

Der V. k. d. t. i. s. e. Bezirksamt ist erledigt. Bewerbungen um die erledigte Stelle sind längstens bis zum 1. April dieses Jahres unter Anschließung der nach § 3 der Kammerordnung vom 29. November 1887 erforderlichen Beilagen bei der unterzeichneten Behörde schriftlich einzureichen.

Karlsruhe, den 25. Februar 1908.
Großh. Bezirksamt:
Seubert.

Beim Bezirksamt Waldshut ist eine

Kanzleihilfenstelle
mit Jahresvergütung von 900 Mark auf 1. März d. J. zu besetzen. Geschäftsgewandte Bewerber wollen sich alsbald melden. P. 581

Ausholz-Versteigerung.
Großh. Forstamt Zettlingen versteigert am

Donnerstag den 5. März,
vormittags 10 Uhr beginnend, im Löwen in Zettlingen aus den Domänenwaldungen bei Zettlingen: 25 Kloben, 150 Eichen I.—VI. Kl.; 1 Wme, 5 Kirschbäume, 4 Linden, 20 Ahorn, 30 Eichen, 108 Fichten, 166 Föhren.

Auszüge durch Forstwart Senn in Zettlingen. P. 565

Holzschiffe für die Rheinregulierung.
Die Großh. Rheinbauinspektion Karlsruhe verdingt nach der Verordnung des Großh. Ministeriums der Finanzen vom 3. Januar 1907 folgende Lieferung:

Los 1: zwei Sechsbüchenschiffe aus Eichenholz,
Los 2: ein Frachtschiff aus Eichenholz,
Los 3: vier Baunachen aus Föhrenholz.

Die Bedingungen und Zeichnungen liegen auf dem Geschäftszimmer der Rheinbauinspektion, Stefanienstraße 71, zur Einsicht auf; nach auswärtig werden sie gegen Einzahlung von 50 Pf. für jedes Los zugesandt.

Angebote auf einzelne Schiffe oder einzelne Lose sind postfrei, verschlossen, mit der Aufschrift „Holzschiffe“ versehen bis **Mittwoch den 11. März 1908, vormittags 10 Uhr,** einzuwenden. Die Zuschlagsfrist beträgt vier Wochen.

Karlsruhe, den 22. Februar 1908.

Bereinsregister. P. 527

In das Vereinsregister Band 11, D.-S. 7 wurde eingetragen:
„Freimaurerloge zur edlen Kunst“, eingetragener Verein, mit Sitz in Freiburg i. S.

Freiburg, den 22. Februar 1908.
Großh. Amtsgericht.